Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

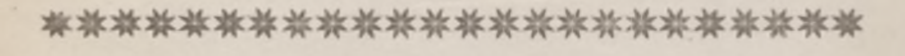
Heft 64. VIII. BAND 1. Juli 1917.

INHALT:



Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter"
Berlin-Charlottenburg. Schlüterstr. 28.



Nr. 64. 1. Juli 1917.

POLNISCHE BLÄTTER

Mehr Licht!

Zu der Idee der Rückgabe Polens an Russland.

Der historische Akt des 5. November war zweifellos ein Lichtstrahl, der in die Dunkelheit, in die seit langem die polnische Frage getaucht war, hineingeleuchtet hat. Das Schicksal der Schlachten hat diese Frage auf die erste Stelle der internationalen politischen Aufgaben gerückt und nachdrücklichst ihre Lösung gefordert; es handelte sich nur darum, wer die Initiative ergreifen soll und nach welchem Plan: der Zentralmächte oder der Entente. Nach den ungeschickten und unaufrichtigen Versuchen Russlands, die Polen mit hohlen Phrasen auf ihre Seite hinüberzuziehen, stellte der Akt des 5. November die polnische Frage sofort auf realen Boden. Einer geschichtlichen Notwendigkeit wurde Genüge getan und die tatsächlichen Bedürfnisse der interessierten Seiten wurden erfüllt. Hierauf beruht die grosse Wichtigkeit des Aktes vom 5. November; er war ein Zeichen eines weit in die Zukunft blickenden politischen Verstandes und gleichzeitig das Ergebnis des wohlverstandenen Interesses der Zentralmächte. Die verbündeten Regierungen haben durch die Proklamation eines unabhängigen polnischen Staates im Anschluss an die Zentralmächte nicht allein die Quelle einer ständigen Beunruhigung Osteuropas beseitigt, sondern gleichzeitig für sich die Sicherung der östlichen Grenzen und dadurch die Grundlagen einer normalen friedlichen Entwicklung geschaffen. Dem Beispiel der Zentralmächte folgend, hat Russland und seine Verbündeten in der Theorie die Unabhängigkeit Polens anerkannt und ausserdem noch den Grundsatz der Selbstbestimmung und

Selbstregierung aufgestellt für die die Zwischenzone zwischen dem ethnographischen Polen und dem ethnographischen Russland bewohnenden Volksstämmen: Litauer, Letten, Esthen, Ukrainer usw. Man sollte daher meinen, dass nunmehr das in der Proklamation vom 5. November aufgestellte Programm auf der ganzen Linie gesiegt hat und dass seine Verwirklichung jetzt ohne Hindernisse und in beschleunigtem Tempo vorsichgehen kann

Inzwischen aber ist im internationalen Leben ein neuer Faktor aufgetaucht — die russische Revolution. Nicht durch ihren eigentlichen Gehalt, wohl aber durch ihre äusseren Formen hat sie manche Augen, in gewissem Sinne, geblendet und dadurch eine unerwartete Verwirrung in den Auffassungen herbeigeführt. In der deutschen Presse wurden Stimmen laut, die behaupten, dass die neuen Bedingungen jetzt auch neue politische Auffassungen aufgestellt haben und dass die polnische Frage jetzt auf Grund neuer Prinzipien gelöst werden muss. In Berlin fanden sich politische Publizisten, die so weit gehen, dass sie den Akt des 5. November annullieren wollen und den Mut gefunden haben, den Regierungen den Rat zu geben, die Initiative in der polnischen Frage freiwillig aus der Hand zu lassen, „die Polen der russischen Völkerfamilie wiederzugeben“ und die Lösung der polnischen Frage der russischen Regierung oder auch dem russischen Volk zu überlassen. Diese in der gegenwärtigen Zeit gewiss sehr originelle Ansicht ist nur ein Zeichen, wie tief in Deutschland noch die alten Anschauungen über die polnisch-russisch-deutschen Beziehungen eingewurzelt sind, und können sie nur erklärt werden durch ungenügende Kenntnis des tatsächlichen Sachverhalts. Die sogenannte traditionelle Freundschaft zwischen Preussen und Russland hat in Wirklichkeit zu dem gegenwärtigen Weltkrieg geführt; Versuche, diese Freundschaft aufs neue, auf Kosten der Polen, anzuknüpfen, würden selbst, wenn sie mit Erfolg gekrönt wären, die Möglichkeit eines Kon-

fliktes für die Zukunft nicht beseitigen, sondern für Deutschland ausserordentlich ungünstige Bedingungen schaffen, da die Polen sich wohl erinnernd, dass die Deutschen sie diesmal im Stich gelassen, in Schaaren zu der deutschfeindlichen Politik sich bekennen würden.

Die Dinge anders auffassen kann nur derjenige, der einerseits die polnischen Bestrebungen nicht kennt und dem andererseits der russische Volkscharakter und der Geist der russischen Staatlichkeit. unabhängig von der äusseren Form, den diese Staatlichkeit nach der gegenwärtigen Krisis annehmen wird, fremd sind. Die deutschen Publizisten, die jetzt die Notwendigkeit einer Aenderung der durch den Akt des 5. November eingeleiteten Politik verkünden, stützen sich auf zwei vollkommen falsche Thesen: 1) das durch die Revolution geänderte Russland hört auf für Deutschland eine Drohung zu sein; infolgedessen braucht Deutschland keine Sicherung mehr an der östlichen Grenze in Form eines unabhängigen polnischen Staates. 2) Die Polen selbst wünschen ihre Angliederung an das erneuerte Russland.

Die erste These wird tatsächlich durch Reminiszenzen der Vergangenheit diktiert und durch einseitige Berücksichtigung wirtschaftlicher Forderungen für die Zukunft, nämlich durch den Wunsch, der deutschen Industrie durch ein politisches Bündnis den russischen Absatzmarkt zu sichern. Hierbei wird jedoch vergessen, dass politische Interessen wirtschaftlichen Interessen nicht untergeordnet werden dürfen; es unterliegt aber keinem Zweifel, dass ein Verbleiben der polnischen Länder bei Russland nichts anderes bedeutet, als das russische Einfallstor nach Europa und in der ersten Linie nach Deutschland offen stehen lassen. Die russische Expansion nach Westen wird solange eine Aufgabe der russischen Politik bleiben, bis dieser Expansion nicht ein wirkungsvoller Damm entgegengesetzt wird und ein solcher Damm kann nur der im Westen mit den Zentralmächten, im Osten mit den von der

russischen Fremdherrschaft befreiten Völkern verbündete polnische Staat sein. Es ist eine Illusion zu denken, dass Russland, das jetzt die Losungen: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit verkündet, allein dadurch wiedergeboren worden ist, wo durch Zurückdrängung Russlands in seine ethnographischen Grenzen, dieses Reich unschädlich gemacht werden kann für den Frieden Mitteleuropas und wo die Kräfte und Energien des grossrussischen Stammes auf die Bahn der inneren kulturellen Entwicklung gelenkt werden können. Dies ist eine rationelle Politik; ein Erkaufen des russischen Bündnisses durch Rückgabe der polnischen Länder ist eine Illusion, die sich bald rächen würde; ein Friedensschluss auf solcher Grundlage würde nur ein Eingehen auf den russischen Leim bedeuten. Im Gegenteil, die politische Sicherung von Seiten Russlands ist eine wirkliche Garantie der Entwicklung der deutschen Industrie, sie wird ihr auch in der Zukunft den russischen Absatzmarkt sicherstellen.

Was nun die andere These anbetrifft, nach der die Polen angeblich selbst eine Verbindung mit Russland wünschen, so ist dieselbe entweder eine böswillige Unterstellung oder sie zeugt von einem vollständigen Ignorieren der bestehenden Tatsachen. Abgesehen von den tiefen psychischen Unterschieden auf dem Gebiete der sozialen und politischen Ideale, strebten die Polen, sowohl jetzt, wie früher durch mehr wie 100 Jahre, ausschliesslich nach einer eigenen Staatlichkeit. Wenn sie überzeugte Gegner der früheren russischen Staatlichkeit waren, so haben sie jetzt keine Illusionen dem erneuerten Russland gegenüber; dies beweisen eine ganze Reihe von Zeitungsstimmen, die polnische Publizistik und die polnische Politik. Nach dem Akt des 5. November haben die Polen ganz unzweideutig eine Stellung eingenommen, die auf den Wiederaufbau des polnischen Staates im Bündnis mit den Zentralmächten gerichtet ist. Die Anerkennung des Grundsatzes des unabhängigen Polens durch das revolutionäre Russland

hat die polnische Stellung in nichts geändert, es kann diese Anerkennung die begonnene Arbeit lediglich erleichtern. Eine gewisse Reserve seitens der Polen, wenn wirklich von einer solchen gesprochen werden kann, erklärt sich lediglich durch die langsame Verwirklichung des Aktes vom 5. November durch die verbündeten Zentralmächte. Eine Ueberlassung der polnischen Frage an Russland und eine Rückgabe unseres Landes an die „russische Völkerfamilie“ würden wir für ein uns angetanes Unrecht halten, das nie vergessen werden dürfte, und für ein katastrophales Unglück für die polnische Frage. Es sind dies die tiefsten und die aufrichtigsten Ueberzeugungen sämtlicher Polen; andere Ansichten über Polen zu verbreiten, heisst die Tatsachen fälschen und demnach die Oeffentlichkeit irreführen. Hier muss gerufen werden: Mehr Licht! Man darf nicht die Sachlage verdunkeln, sondern man soll sie richtigstellen und beleuchten im Einklang mit der tatsächlichen Lage. Dies müsste die Aufgabe der ernsten Presse sein.

M. Łempicki.

Friedrich Naumanns Polenbuch.

„Es ist im Grunde das mitteleuropäische Interesse gewesen, das mich überhaupt zur Beschäftigung mit den polnischen Angelegenheiten geführt hat. Wenn es nach dem Kriege ein kräftiges und gesundes Mitteleuropa geben soll, so müssen schon jetzt, während der Zeit des Kampfes, die einzelnen bedeutsamen historischen Schritte in Richtung auf künftige Einheit angelegt werden. Vielleicht an keiner Stelle ist das schwieriger als im Lande der Weichsel. Hier aber gerade muss die grosse Probe gemacht werden, ob es einen mitteleuropäischen Geschichtssinn gibt, oder nicht“.

Diese Frage war es, die Friedrich Naumann bewogen hat, einer ungarischen und bulgarischen Studienreise, eine nach dem Polenland folgen zu lassen, Land und Leute kennen zu lernen. Im März d. J. hat diese

Reise stattgefunden. Der Verfasser hat sich in Warschau und Lodz aufgehalten, viel im Kreise der deutschen Verwaltung, aber auch des polnischen Staatsrats, mit deutschen Grossindustriellen in Lodz und dem kleinen Mann in ungezwungenen Gesprächen verkehrt. mit den Augen des Politikers und Nationalökonomen die Verhältnisse studiert. Sein Büchlein erscheint nun in Separatausgabe*) als ein Dokument ersten Ranges, aber auch als ein Wegweiser in die Zukunft.

Als Polen müssen wir verstehen und würdigen, dass Naumann in erster Reihe als deutscher Patriot auftritt, dem das Wohlergehen und die Zukunft seiner Nation auf dem Herzen liegt. Er vertritt dabei folgerichtig den Standpunkt, dass die Anerkennung des polnischen Staatswesens eine deutsche Notwendigkeit war (S. 3), „ein Ziel, das wir aus deutschen Machtgründen wünschen müssen" (S. 15); er schreibt mit Stolz: „Es wird auch ohne die Polen gesiegt werden, wenn es nicht anders geht" (S. 38). Die Sache der Deutschen in Polen liegt ihm am Herzen; er verlangt auch energich für sie ein Grundgesetz mit Minoritätenschutz (S. 41—42). Anderes von einem deutschen Manne zu erwarten, wäre ein Unding. Aber dies nationale Gefühl und Interesse weiss Naumann mit tief menschlichen Gefühlen und weitgehenden politischen Aussichten in Einklang zu bringen. Das befähigt ihn dazu, was wir so oft vermissen: zum Sich-Einleben, zum Mitfühlen, zum Verständnis für fremde Völkerseelen. Dazu gehört nicht nur natürliche Begabung, sondern auch Unvoreingenommenheit, Hingabe, mit einem Worte: guter Wille. Die Fähigkeit Naumans, sich in fremde Völkerseelen einzuleben, zeitigt manchmal ganz erstaunliche Erkenntnisfrüchte. Das, was er über die Psyche der Deutschen und Polen und ihr gegenseitiges Verhältnis zu sagen weiss (S. 5, 17, 27—30), übersteigt das Gebiet des Rationellen, des zu Beobachtenden und grenzt an die In-

---

*) Was wird aus Polen? Berlin, Druck und Verlag von Georg Reimer, Preis 1 M.

tuition eines Sehers und Deuters. Nichts von der Vereinfachung des Politikers, von der Schematisierung des Bürokraten; Naumann hat einen Blick für das Besondere und Eigenartige einer Nation — und ohne diese Fähigkeit wird auch nie „praktische Politik“ im grossen Stil gemacht werden können. Ob Naumann auch in das Tiefste der polnischen Seele eingedrungen ist? Wir vermissen bei ihm zweierlei. Ein Einblick in das polnische Geistesleben hätte ihm manche bis jetzt verborgene Perspektiven eröffnet. Wir würden z. B. nicht behaupten, dass „je mehr der einzelne Pole . . . nur literarisch oder ästhetisch gerichtet ist, desto ferner pflegt er dem Deutschen zu sein“ (S. 27). Dagegen spricht das heroische Zeitalter des polnischen romantischen und neoromantischen Geisteslebens, das vielfach von der deutschen Dichtung und idealistischen Philosophie — viel mehr, als von der französischen — beeinflusst worden ist. Daraus ergibt sich aber, dass zwischen Polen und dem Schillerschen Weimar ein Ausgleich leicht möglich ist. Es ist ferner sehr zu bedauern, dass der geschätzte Gast Warschaus keine Gelegenheit hatte, einen Abend im Kreise von polnischen Legionären — höheren Offizieren und Soldaten — zu verleben. Das hätte ihm nicht nur die Tiefe des polnischen Gemütes, sondern auch den Höhenschwung des polnischen Idealismus offenbart.

Sonst trachtet Naumann, Land und Leute kritisch zu beobachten und daraus Schlussfolgerungen für seine Idee Mitteleuropa zu ziehen. Es ist dies aber ein Kritizismus höherer Ordnung, der auf der Kenntnis der Geschichte, der politischen und volkswirtschaftlichen Prozesse und — der Gegenwart basiert. Obwohl es ganz natürliche Voraussetzungen zu sein scheinen, so sind wir doch in dieser Beziehung von der Mehrzahl der über Polen schreibenden Deutschen nicht verwöhnt worden. Wenn wir lesen, was er über Dankbarkeit der Völker und Fremdherrschaft (S. 13) schreibt, oder — was den Scharfmachern unbekannt zu sein scheint —,

wenn er sagt, dass auch Napoleon in Wirklichkeit weit biegsamer und gelenkiger war, als diejenigen meinen, die ihn nur ganz aus der Ferne, als Schlachtengott kennen, und dass auch Bismarck sich mehr in fremder Menschen Geist und Art versenken konnte, als ihm die zutrauen, die nur die Monumentalstatue vor sich sehen und täglich von Blut und Eisen reden.

Wie Naumann bestrebt ist, beiden Seiten Verständnis entgegenzubringen, beweisst seine Gegenüberstellung der in Polen und im deutschen Lager herrschenden Ansichten (S. 15). Die Deutschen behaupten nach Naumann: „Wir sind den Polen weit entgegengekommen und haben ihre Wünsche schrittweise erfüllt. Erst verlangten sie, dass wir ihnen überhaupt nur sagen sollten, welche Absichten wir mit ihnen hätten. Das ist durch die Zweikaiserproklamation im vollsten Sinne geschehen. Hat es genützt? Dann hiess es: Wir wollen die Legion in Warschau haben. Inzwischen ist der Brigadier Piłsudski hier erschienen, der volkstümliche Soldat ist da. Hat es etwas geholfen? So wird es weitergehen: wir bieten ihnen ein Stück nach dem andern, und ihre Unzufriedenheit wächst nur mit dem Entgegenkommen. Man sollte sie, so heisst es, ruhig wieder zu Russen werden lassen, dann haben sie, was sie wollen!

„Die Polen aber sagen: was habt ihr uns bis jetzt eigentlich gegeben? Eine Proklamation, die ein Versprechen enthält, das an hundert Vorbedingungen geknüpft ist, einen Staatsrat, der eine gutachtliche Behörde ist und nichts in der Welt darstellt, eine Aufforderung, in die deutsche und österreichische Armee einzutreten, aber keinen Anfang des polnischen Heeres! Das alles habt ihr umkränzt mit fortdauernden Requisitionen und Zwangsverkäufen, die nicht den Anschein erwecken, als sei euch an unserer weiteren Lebensfähigkeit gelegen! Wie sollen wir glauben?"

So prallen die Meinungen aufeinander — Naumann ist aber weit entfernt, voreilige Urteile fallen zu lassen.

Er prüft die Verhältnisse sehr genau und lässt dann die Schlussfolgerungen gewissermassen von selbst entstehen. Kapitel 2, Seite 18 bis 30, ist den polnischen Wirtschaftsfragen gewidmet und trägt das bemerkenswerte Datum: Łódź, im März 1917. Wir wandern mit dem Verfasser durch dieses langgestreckte Industriedorf, das jedoch z. B. im Jahre 1910 eine Produktion von 340 Millionen Rubel aufgewiesen hat; das alles gehört zur Vergangenheit. Der Leser möge selbst Seite 20 nachlesen. Von seinem mitteleuropäischen Standpunkt schreibt Naumann: „Wir verderben auf diese Weise viel mehr, als wir gewinnen, und zwar nicht nur psychologisch, sondern auch materiell, denn das lebendige produktive Łódź kann bei Erhaltung seiner Aktivität für die deutsche oder mitteleuropäische Wirtschaft von allerhöchster Bedeutung werden. Die deutsche Wirtschaftspolitik soll ihre Augen aufmachen für das, was jetzt in Łódź getan wird!" (Unterstrichen vom Verfasser). Als ein um die Zukunft besorgter Nationalökonom, lediglich vom wirtschaftlichen Standpunkte aus, schreibt der Verfasser weiter: „Die Mobilmachung der deutschen Wirtschaft nach Kriegsschluss verlangt nun Maschinen und Kräfte jeder Art. In solcher Lage einen der wunderbarsten Maschinenparks der Welt wegen verhältnismässig geringfügigen Kupfermengen zu zerstören, das ist ein Mangel an Wirtschaftsgefühl, wie er nicht vorkommen sollte. Wer nicht an die Eingliederung von Łódź in Mitteleuropa glaubt, der mag darüber anders denken, wer aber in den Linien der Gedanken der zwei Kaiser geht, der muss hier warnen, und zwar eindringlich. Es ist schon viel verdorben." Und die politische Seite dieser Angelegenheit? Es ist ja richtig, dass Zerstörungen, Industriestockungen, Requirierungen aller Art auch in Deutschland an der Tagesordnung waren und sind. Die Polen machen aber den Krieg als ein Objekt durch. (S. 10). Das muss viel erklären. Wenn jemand durch seinen legi-

timen Vertreter auch mitarbeiten, mithelfen, mitordnen darf, dann wird er vor ganz anderen Ergebnissen stehen und auch deren Schattenseiten mit ganz anderen Augen betrachten.

Die Polen sind aber ein Objekt, haben keine Macht — haben keine Armee. Auf diese letzte Frage können wir umso ruhiger eingehen, als wir seit jeher für die Bildung einer polnischen Armee an der Seite der Zentralmächte eingetreten waren und kein Hehl daraus gemacht haben, dass wir Gegner der freiwilligen Werbung sind, dagegen Anhänger einer Zwangsaushebung, die freilich nur von einer polnischen Regierung angeordnet werden konnte. Naumann weiss über diese Angelegenheiten viel Interessantes und bisher der Oeffentlichkeit wenig Bekanntes zu sagen (S. 35—36). Seine Ausführungen gipfeln im Folgenden: „Es wird auf deutscher Seite gefragt, ob die künftige polnische Armee zuverlässig sein werde. Nach meinen Eindrücken liegt es so, dass sie in dem Masse zuverlässig für uns ist, als sie polnisch national ist. Der Pole an sich ist ein guter Soldat, er tut seine Pflicht, aber er unterliegt leicht einer Suggestion, einer Stimmungswelle. Man kann sich einen liberalisierenden Panslavismus denken, der lockend jenseits des Grabens steht und der auch geheime Agenten im Lande unterhält. Gegen ihn reicht ein blosser Gestellungsbefehl mit Kriegsartikeln nicht aus, was aber unter allen Umständen ausreicht, ist das eigene staatliche Nationalgefühl. Man steht also vor der Alternative: Verzicht auf polnische Armee oder wirklicher Anfang des polnischen Staates."

Die polnischen Staatsfragen werden in einem besonderen Kapitel 3 behandelt. Die gegenwärtige Lage betrachtet der Verfasser als „tragisch für den Nächstbeteiligten und kann verhängnisvoll für das ganze Werk werden". Warum? Weil der polnische Staatsrat „heute noch mehr eine Weissagung ist, als eine Erfüllung." Der Verfasser stellt Vergleiche an zwischen Bulgarien, als es aus der staatslosen Zeit herauskam

und zwischen Polen; prüft all die Faktoren, die das innere Leben Polens bestimmen, widmet schliesslich ein ganzes Kapitel den deutsch-österreichischen Beziehungen zur Polenfrage — letzteres gehört zu den wichtigsten des ganzen Buches; handelt es sich hier doch nicht nur um die grosse Politik, sondern auch um ganz naheliegende Verwaltungsangelegenheiten, die das polnische Gemüt, das polnische Interesse, aber somit auch die Interessen der Zentralmächte stark beeinflussen, z. B. die Trennungslinien zwischen den beiden Okkupationsgebieten.

Es wäre zu viel, zu sagen, dass das Naumannsche Buch die Polenfrage als Ganzes behandelt, geschweige denn erschöpft. Es gibt Eindrücke wieder, Wahrnehmungen und Gedanken eines hervorragenden Deutschen, der mit seiner Losung: Mitteleuropa, doch einer der wenigen guten Europäer geblieben ist. Nicht alles möchten wir hier unterschreiben, sehr viel wäre zu ergänzen. Das Wichtigste ist aber, dass der deutsche Leser, der deutsche Beamte, der deutsche Staatsmann, eine Fülle von Tatsachen und Ideen hier vorfinden kann, die stark kritisch, sowohl dem Polen wie dem Deutschen gegenüber, aber weise und tiefblickend angelegt, auf dem Boden der deutsch-polnischen Verständigung, und somit auf dem Boden des polnischen Staatswesens stehen und den Freiheitsbringern und Machthabern zurufen: was Du tust, das tue ganz!

Die weissruthenische Frage.

„Dziennik Petrogradzki“ meldet: „In der Flut von verschiedensten Sitzungen, Versammlungen, Zusammenkünften, verging fast unbemerkt die Tagung der Weissruthenen in Petrograd. Am 8. d. M. versammelten sich in dem bescheidenen hölzernen Zirkusgebäude auf dem Krestowski Prospekt einige hundert Weissruthenen.

Die Tagung fasste zwei Entschliessungen, die für

die gegenwärtigen Meinungen und Forderungen der Weissruthenen charakteristisch sind. Die erste Entschliessung nimmt den Standpunkt einer demokratischen föderativen russischen Republik ein, in deren Rahmen Weissruthenien einen der freien Staaten bilden soll. In die Einzelheiten übergehend, betont die Entschliessung die Notwendigkeit einer Konstituante Weissrutheniens, ferner eines weissruthenischen Landtags, eines besonderen Landesbudgets, ausserhalb des allgemein-staatlichen; weiter wird die Einführung der weissruthenischen Sprache als Amtssprache für ganz Weissruthenien gefordert, ebenso die Gründung weissruthenischer Schulen, schliesslich die Anteilnahme des Ministers für Weissruthenien in dem Ministerrat. Ueberhaupt wird in der Entschliessung eine weitgehende Selbstverwaltung für Weissruthenien gefordert.

Die zweite Entschliessung, von der weissruthenischen sozialistischen Hromada gefasst, trägt gewissermassen einen Parteicharakter.

Ausser diesen Entschliessungen beschloss die Tagung, eine Begrüssungsdepesche an die Provisorische Regierung und an den Arbeiter- und Soldatenrat zu senden, wobei vorgemerkt wurde, dass ausser den allgemeinen, breiten demokratischen Grundlagen, der föderative Bau als unumgängliche Bedingung einer freien Entwicklung Russlands und Weissrutheniens zu betrachten sei.

Indem die Entschliessung den Standpunkt einnimmt, dass der Boden der unmittelbar an dem Ackerbau arbeitenden Bevölkerung zu übergeben sei, überträgt sie die endgültige Lösung dieser Agrarfrage dem Landtag Weissrutheniens. Die bisherigen, eigenmächtigen agrarischen Auftritte werden von der Entschliessung zurückgewiesen. Ferner fordert die Entschliessung die Einführung eines achtstündigen Arbeitstages, einen Minimallohn, Gleichstellung der Nationalitäten. Schliesslich erklärt sie sich für Feststellung ethnographischer Grenzen Weissrutheniens in Uebereinstimmung mit den Nach-

barn. Die Entschliessung gipfelt in der Aufforderung zur Organisierung des Proletariats und der arbeitenden Bauernschaft Russlands und Weissrutheniens, als eines der Teile eines grossen freien föderativen Russlands.

Was die russische Regierung offiziell auf diese Kundgebung geantwortet hat, ist uns nicht bekannt; wahrscheinlich eine der bewährten Phrasen, die in Oesterreich mit dem Sprichwort „Wasch mir den Pelz, und mach' mich nicht nass“ gekennzeichnet werden. Dagegen lesen wir in demselben Dziennik Petrogradzki, dass der radikale Kriegsminister Kereński unlängst in einer Frontrede die Soldaten zur Befreiung „der altrussischen Städte: Kowno und Wilno“ aufgemuntert hat.

Das soll den Litauern und Weissrussen zu denken geben.

Weissruthenien war vom historischen Standpunkte niemals russisch gewesen, da es seit Uranfang seiner Geschichte im 9. Jahrh. bis ins 14. Jahrh. aus einigen selbständigen Herzogtümern bestand, welche den griechischen Ritus aus Kiew annahmen; vom 14. Jahrhundert an bis Ende des 18. Jahrhunderts bildete es einen Bestandteil Litauens und Polens. Die weissruthenische Sprache war Amtssprache des Grossherzogtums Litauen bis zum 17. Jahrhundert, wo in ganz Litauen und Weissruthenien die polnische Sprache — durch die Macht der Gewohnheit, nicht des Zwanges — zur Amtssprache wurde. Auch der griechische Ritus nahm seit der Kirchenunion beider Bekenntnisse in Brest (1596) ohne irgend welche besondere Erschütterungen die Form der Union an, deren Klerus sich immer häufiger des Polnischen bediente.

Erst Katharina II. hat eine Politik der Extermination der Union gegenüber eingeleitet, nachdem sie die weissruthenischen Gebiete der sich zum Untergang neigendenden polnischen Republik entrissen hatte. Alexander I verlangsamte einigermassen das Tempo der Russifizierung, doch schon von Nikolaus I. wurde abermals ein heftiger Kampf gegen den Katholizismus und

die Union aufgenommen, indem dem höheren Klerus der Uniten auf der Kirchenversammlung in Połock (1839) das amtliche orthodoxe Bekenntnis aufgezwungen wurde, worauf auch das Volk seinen geistigen Führern folgen musste.

Nach 1863 führte Alexander II. und seine Nachfolger einen rücksichtslosen Vernichtungskampf gegen alles Polnische und Katholische in diesem Lande unter dem Vorwand, das von den Polen bedrückte Volk in Schutz zu nehmen. Das eigentliche Ziel war die Vertilgung der weissruthenischen Eigenart, weshalb denn auch die weissruthenische Sprache als eine nicht existierende erklärt und überall die grossrussische gewaltsam eingeführt wurde. Ganze Bände aus der Feder verschiedener Pseudo-Gelehrten sollten beweisen, dass der Begriff Litauen und Weissruthenien eine Fiktion sei, dass hingegen von Moskau bis Suwałki lauter echte Russen leben, die seit dem heiligen Wladimir bis auf die heutigen Tage Russen gewesen und Russen geblieben sind. In diesem Sinne wirkte ein jeder Beamter und ein jeder Pope.

Die Wirklichkeit hörte nicht auf, diese lapidare Russifizierungspolitik Lügen zu strafen. Das ganze weite Gebiet, von Smoleńsk bis über Słonim, von der Südgrenze des Gouvernements Psków bis Pripet, trug nie einen russischen Charakter, vielmehr den eines abgesonderten Territoriums, in welchem der langgezogene, weiche Volksdialekt — ganz verschieden von der grossrussischen Sprache — vorherrschte.

Das ganze Territorium trug ein besonderes Gepräge: in den Städten und Marktflecken sah man Kirchen im westlichen Stil, trotz der orthodoxen Kreuze, was stets an Litauen und Polen gemahnte; der Handel ruhte in jüdischen Händen; der polnische Grossgrundbesitz, obschon zur Hälfte mit den eingewanderten russischen Spekulanten vermischt, bewahrte seine nationale Eigenart; die fachmässig ausgebildete Intelligenz bestand aus Polen und Juden, ja, selbst die niedere orthodoxe

Geistlichkeit, deren Grossväter noch Uniten waren, hatte durchweg kein grossrussisches Gepräge, wenn auch manche weissruthenische Popen nur zu eifrig sich an Grossrussland anschlossen und in der Duma immer wieder dieselben Phrasen über die Verfolgung der Orthodoxen durch polnische Geistlichkeit vorbrachten.

Das Toleranzedikt und die Revolution 1905 liessen Weissruthenien einigermassen aufatmen. In Petersburg druckte man populäre Büchlein, die dem Volk zugeführt wurden; die Studentenschaft verbreitete in Weissruthenien den Separatismus und aus der jüngeren Generation erstand eine Reihe begabter Dichter, die in der ungebildeten Volkssprache künstlerische und zum Herzen der schlichtesten Bauernfrau dringende Dinge zu schaffen verstanden. Dies waren die ersten Ansätze einer noch vagen ideellen Bewegung, die sich gegen die politische Suprematie all der Gouverneure, Archirejen, amtlicher Pedagogen und Gendarmen, die überall Verrat witterten, keineswegs behaupten konnte.

Die Einführung der Semstwos in Weissruthenien 1911, in welchen Stołypin die polnischen Einflüsse aufs Minimum herabzudrücken versuchte, bildete den ersten Schritt zur Verselbständigung der einheimischen Elemente. Die weissruthenischen Semstwo-Mitglieder, ungeachtet der verschiedenen Religion, gelangten zur Erkenntnis, dass die lokale Wirtschaft ihnen angehört, nicht den Russen, dass sie, nicht die zufälligen Beamten, die Herren des Landes seien. Sie übernahmen die Verwaltung der Schulen, Wege, Versicherungen, machten sich an die Nahrungs- und Landwirtschaftsfrage, und gewannen das Vertrauen der Bauern, die ebenfalls in die Semstwos eintraten. Es muss hervorgehoben werden, dass das polnische Element, dank seiner höheren Bildung und Gewissenhaftigkeit in den Semstwos eine hervorragende Stellung einnahm, und dass es zwischen den Polen und der weissruthenischen Bevölkerung fast gar keine Reibungen gab.

Der Sturz des Zarismus übte eine vorteilhafte Wir-

kung auf den besten Teil der weissruthenischen Bevölkerung, selbst auf die Bauernschaft, aus. Sie verstehen doch, dass eine lokale Selbstverwaltung ihnen Besseres verspricht, als das unaufhörliche Hinaufblicken auf das Beamtentum und das Warten auf den Segen des Archirejen. In diesem Bewusstsein liegt eben die Hoffnung der weiteren Verselbsständigung Weissrutheiens, die von den Führern in Petersburg und in Mińsk ohne Unterschied der Religion, eifrigst angestrebt wird. Diese Selbständigkeit soll vorallererst in einer gemeinsamen Organisation der lokalen Selbstverwaltung für das ganze Land ihren Ausdruck finden, nachher — was schon von der inneren Potenz der weissruthenischen Bewegung abhängig sein müsste — in der Forderung nach Elementarschulen mit der Nationalsprache, welche dann zur Kirchen- und Gerichtssprache werden sollte.

Es muss hier betont werden, dass zwischen dem orthodoxen und dem katholischen Weissruthenien, seit dem 15. oder 16. Jahrh. eine Demarkationslinie besteht, die zufälligerweise mit den jetzigen deutschen Schützengräben übereinstimmt. Das katholische Weissruthenien mit Litauen darf als ein Land mit westlicher Kultur betrachtet werden, während das eigentliche Weissruthenien (die Gouvernements: Witebsk, Mińsk, Mohylew) — ein grosses Gebiet von beinahe 200 tausend qkm — ein abgesondertes Territorium bildet, mit einer eigenen Kultur, die an die Ukraina am Dniepr gemahnt.

Doch auch dieses eigentliche Weissruthenien ist dem Westen ziemlich verwandt. Wer einmal Witebsk, Mińsk, Mohylew, diese drei Zentren Weissrutheniens besucht hat, dem muss sicherlich das Leben und der Charakter dieser Städte aufgefallen sein, die in keiner Hinsicht den grossrussischen, geräumigen, von Kuppeln gekrönten Städten ähnlich sehen. In diesen weissruthenische Zentren herrscht — vielleicht dank dem jüdischen Handel, der polnischen Intelligenz und den Zusammenkünften der Grossgrundbesitzer — ein sehr reges Leben, das teilweise auch auf das pflegmatische

flache Land ausströmt. Jede dieser drei Städte, die stets an Bevölkerung und der Zahl der Schulen zunehmen, fordert eine Universität, was als untrügliches Zeichen gelten darf, dass das Land zur Selbständigkeit reif geworden ist.

Das sagen die objektiven Tatsachen; werden sie auch von den Russeu anerkannt? Der am Anfang zitierte Ausspruch Kerenskis ist für die Weissruthenen nicht sehr verheissungsvoll.

Um so mehr fällt es ins Gewicht, dass unter Russlands Herrschaft jetzt sich nur das orthodoxe Weissruthenien befindet, während der katholische, von Polen dicht bewohnte Teil, von den Deutschen besetzt ist. Auch der russische Teil. sollte er eine kulturelle Autonomie erlangen, wird wahrscheinlich dem Einfluss der russischen Kultur nicht unterliegen und zu seinen Brüdern, die an Russland nicht mehr fallen dürfen, gravitieren. Desto wichtiger ist es, für die befreiten Weissruthenen solche Kultur- und politische Bedingungen zu schaffen, die ihnen eine ungestörte nationale Entwicklung ermöglichen werden. Die geringe Zahl Grossrussen, die hier zerstreut lebt, wird entweder auswandern, oder sich der Majorität fügen, die Juden, die in ganz Weissruthenien in der Zahl von 1 Million leben, zerfallen in eine geringe Zahl von Assimilanten. die sich — bis auf weiteres — als Russen betrachten, gegen 90% gehören zu den Frömmsten unter den Chassidim; über ihre nationale Zukunft lässt sich heute nichts sagen.

Ausschlaggebend für die Zukunft der Weissruthenen wird der westliche, katholische Teil sein, der nie das Wort Kerenskis vergessen darf. Im Gegensatz zu diesem Worte steht die Mehrheit der staatsbildenden Elemente Polens. Letztere werden zwar vom Wilnoer „Homan" wild bekämpft, aber auch in dieser Zeitschrift (Nr. 41. vom 22. Mai) war zu lesen: „Im gegenwärtigen Augenblick sollten alle nationalen Zwistigkeiten und Streite zum Schweigen gebracht werden, die bis nun alle An-

sätze der gemeinsamen Arbeit der ganzen Gesellschaft untergraben haben. Soziale Organisationen, sowohl nationale wie internationale, die sich zum Ziel setzten, die Menschen vor dem Hunger zu retten, sollten sich jetzt die Hände reichen und alle Kräfte in derselben Richtung konzentrieren".

Obige Worte des einzigen weissruthenischen Presseorganes können wir nur aufs innigste beherzigen. In dieser zwölften Stunde der geschichtlichen Ereignisse soll auch Weissruthenien eine Renaissance erleben. Die Polen, die unlängst in der bekannten Erklärung ihren Tendenzen den Litauern gegenüber entschlossenen Ausdruck verliehen haben, haben somit ihren Standpunkt den Schwesternationen gegenüber klar genug bezeichnet. Sollten wir in dem Lande, wo wir seit Jahrhunderten leben, Rede- und Bewegungsfreiheit erhalten, so werden wir uns mit den Weissruthenen sehr gut verständigen können. Dann entsteht an dem am meisten vorgerückten Grenzposten der westlichen Kultur ein wirklicher lebens- und leistungsfähiger Hort dieser Kultur.

P. Warszawski.

Petersburger Polen über die polnische Frage.

I. Unterredung mit Lednicki.

A. Ransome, der Petersburger Korrespondent der „Daily News“ drahtet seinem Blatt den Inhalt einer Unterredung mit A. L e d n i c k i, Präsidenten der Liquidierungskommission für Polen, den er in seinem Empfangssalon im Winterpalast besuchte. Ransome will bereits in Lednicki den künftigen Präsidenten der polnischen Republik sehen und richtete auch an ihn zunächst die Frage, ob denn Polen für Monarchie oder republikanische Form sei. Lednicki sagte: „Polen legt mehr Wert auf seine Einheit als auf die Regierungsform. So würde man wahrscheinlich einen Habsburger-

fürsten gern annehmen, falls dadurch das polnische Galizien gewonnen wäre.“ Lednicki ist überzeugt, dass der Krieg bereits in diesem Herbst zu Ende gehen wird und erwartet, dass nun England seine volle Aufmerksamkeit der polnischen Frage widmen wird. Lednicki sieht die Schwierigkeiten, die dem entstehenden Polen aus Mangel des Zugangs zur See erwachsen müssten, er meint dennoch, Danzig müsse nicht unbedingt an Polen angegliedert werden. „Der künftige föderative Charakter Westrusslands führt in Zukunft zur Bundesgenossenschaft zwischen Polen, Litauen und Kurland. Das bedeutet ein starkes Polen, wie es auch im Interesse der Alliierten liegt. Zugleich bringt es den Letten und Litauern eine wirkliche politische Unabhängigkeit. Durch einen Kanal, welcher die Weichsel mit Niemen und Windau verbindet, würde Polen den Ausgang nach der Ostsee bei Libau gewinnen.“ (Ueber die Persönlichkeit Lednicki's vergl. „Poln. Bl.“ Nr. 62 S. 264.)

II. General Babiański zur Lage.

Die Zeitung „Aftonbladet“ vom 15. Mai 1917 bringt folgenden Artikel unter dem Titel: „Wie soll die osteuropäische Frage gelöst werden?“:

„Einer der Führer der in Stockholm versammelten polnischen Konferenz ist der General a. D. der russischen Armee Babiański. Er ist der Herkunft nach Pole und gehörte durch viele Jahre hindurch zu den eifrigsten Verteidigern der rechtmässigen Ansprüche seiner Nation. General Babiański willigte ein, uns über das polnische Zukunftsprogramm und die Ziele der genannten Konferenz Informationen zu erteilen.

Eine Konferenz auf neutralem Boden war schon deshalb notwendig, weil seit Kriegsbeginn die Beziehungen der Polen diesseits und jenseits der Front so gut wie vollständig unterbrochen waren. In dem durch die deutsche Okkupation befreiten Polen findet seit längerer Zeit eine intensive Organisationsarbeit statt, von der die Polen in Russland nicht mehr wussten,

als dass diese Arbeit eben vor sich geht. Auf der anderen Seite, in Russland, vertraten die Polen bei den russischen Regierungskreisen eifrigst die polnischen Interessen. Auf beiden Seiten wurden Wünsche laut, etwas über die Resultate der beiderseitigen Bemühungen zu erfahren; so kam die Stockholmer Konferenz zustande, die vor der Revolution übrigens unmöglich gewesen wäre. Die Konferenz hat vorläufig nur informatorische Zwecke. Dessen ungeachtet sind auf der Konferenz weitgehende Pläne unternommen worden, die sicherlich günstige Resultate ergeben werden.

Sowohl die Entente wie die Zentralmächte haben die Freiheit Polens als eines unabhängigen Staates garantiert. Diese Freiheit darf aber nicht illusorisch bleiben. Ein absolut freies Polen, das keinem irgendwelchen Einfluss unterliegt, ist, nach General Babiański, ein unumgängliches Postulat. Die russische Revolutionsregierung hat die am weitesten gehenden Versprechungen gegeben und die Polen in Russland sehen in dieser Regierung fast einen Verbündeten, von dem sie für ihre freiheitlichen Bestrebungen die am weitesten gehende Hilfe erwarten dürfen. Die Polen wollen es glauben, dass die Zentralmächte den Nutzen eines vollständig unabhängigen Polens zu würdigen verstehen werden, eines Polens, das für keinen fremden Herrscher feindselige Gefühle zu hegen Veranlassung haben wird. Die Zentralmächte sollten deshalb jede Absicht, Polen in fürsorgender Weise beeinflussen zu wollen, aufgeben, falls sie diese Absichten jetzt vielleicht noch haben sollten.

Eine sehr schwierige Aufgabe ist die Festsetzung der Grenzen des zukünftigen polnischen Staates. Die Polen wünschen natürlich im tiefsten Herzen die Wiedergewinnung des alten mächtigen Polens, aber sie wollen nicht reale Werte vernichten durch übermässige Forderungen. Unsicher ist, ob Westpreussen, Posen und Galizien zu Polen gehören werden. Dagegen gibt es keine Schwierigkeiten, die Ostgrenze Polens zu erweitern.

Die Litauer, Weissruthenen und Ukrainer dürfen nach den Versprechungen der Revolutionsregierung auf ihre Freiheit rechnen; es wäre darum ganz natürlich, wenn diese Völker mit dem polnischen Staatsorganismus in eine Verbindung treten wollten, welcher in diesem Falle die Form einer grossen Föderation nach dem Vorbild der amerikanischen Republik annehmen würde. Eine solche Eventualität erscheint nicht unmöglich, weil die genannten Völker ihre unabhängige Existenz nur mit Schwierigkeiten erhalten könnten. Mit Polen vereinigt, dürften sie eine günstige Zukunft erwarten. Es wäre dies ein enger Bund, wenn auch mit Einhaltung der nationalen Freiheit aller Verbündeten.

Alle Völker werden im Bereich des polnischen Staates unbedingte Freiheit geniessen. Dies ist, nach Ansicht des Generals Babiański, eine augenfällige Notwendigkeit. Polen hat in dieser Beziehung viel gelernt, als es fremde Herrschaft ertragen musste. Sobald Polen seine Freiheit wiedererlangt haben wird, werden die Völker in seinen Grenzen ihre volle Freiheit haben. Ihre Stimme wird gehört werden und ihre nationalen Bestrebungen werden Berücksichtigung finden. Das neue Polen wird jeden Gedanken an Unterdrückung ablehnen.

Die Frage der Regierungsform hat untergeordnete Bedeutung. Die Frage, ob Monarchie oder Republik, ist gleichgiltig, wenn nur die neue Regierung gut sein wird. In nächster Zeit ist in Polen die Einsetzung eines Regenten zu erwarten. Wer es sein wird, ist noch unbekannt, bezw. es ist noch zu früh, darüber zu reden. Es unterliegt keinem Zweifel, dass Polen wirtschaftlich und militärisch auf eigenen Füssen stehen kann. Die Polen stellen ein ausgezeichnetes Soldatenmaterial dar; wir alle wissen es, wie heldenhaft sich die Legionen geschlagen haben. Das polnische Volk, das solche Soldaten hat, kann eine Armee aufstellen, die selbst bei dem mächtigsten Nachbarn Respekt erwecken wird. In wirtschaftlicher Hinsicht hat Polen gute Aussichten

dafür, dass es nicht allein für den eigenen Bedarf produzieren kann, sondern seine Produkte sogar auf dem internationalen Markte absetzen kann. Es hat reiche Wälder, viel und reiche Kohlenlager. Die Bodenbearbeitung hat sich in den letzten Jahren wesentlich verbessert, ebenso die Viehzucht. Diese beiden Erwerbszweige werden ausreichend genügen, um das Land zu ernähren. Bekannt ist ferner die industrielle Leistungsfähigkeit Polens, besonders die polnische Textilindustrie. Schliesslich rechnen die Polen noch mit einer Hebung des polnischen Handels, sie erwarten nämlich, dass der deutsch-russische Warenaustausch durch die Vermittlung Polens geschehen wird. Auch hofft man, dass der Handelsweg von Skandinavien nach Osten über Polen führen wird.

Die Provisorische Regierung (! Poln. Bl.) in Polen erfreut sich bei den Polen in Russland der grössten Autorität und allseitigen Vertrauens. Die Polen sind überzeugt, dass diese Regierung alles tut, was in ihrer Möglichkeit steht. Der Provisorischen Regierung wartet eine gewaltige Arbeit; der neue Staat muss sozusagen an einem Tage gebaut werden. Was die zukünftigen Richtungslinien dieser Arbeit anbetrifft, so hat die Stockholmer Konferenz wichtige Beschlüsse gefasst. Es ist jetzt klar, was getan worden ist und was noch zu tun bevorsteht. Mancherlei Unklarheiten wurden beseitigt und das Programm der weiteren Arbeit wurde auf einer klareren Unterlage aufgebaut."

Hüben und drüben.

Die Pressefehde gegen Polen dauert an. Jeder Tag bringt uns einen Blumenstrauss giftvoller Polemiken und Auslassungen von Personen, die für ihr gutes Herz Polen gegenüber Dankbarkeit verlangen, als ob sie je die Saat zu dieser Dankbarkeit gesät hätten. Denn es sind ja dieselben Leute, deren politische Gesinnung

seit Jahren oder auch Jahrzehnten gut bekannt ist; nun haben sie sich zusammengeschlossen und führen einen neuen fröhlichen Krieg. Denn das ist festzustellen: der Feldzug ist einheitlich organisiert, die Rollen sind planmässig verteilt, jedes Ressort erfüllt seine Aufgabe und alle unterstützen sich gegenseitig. Jede antipolnische Stimme wird in einem Dutzend Blätter nachgedruckt und so entsteht ein Eindruck, als ob ganz Deutschland nicht nur mit den bekannten Todfeinden, sondern auch mit dem polnischen Staate im Kriege liegt. Unsere ausländischen Gegner empfinden dabei eine kannibalische Freude, — wer wird aber dabei den Sieg davontragen?

Diejenigen, die sich Mühe geben, Land und Leute an Ort und Stelle zu studieren, empfangen oft einen Eindruck, der gar nicht so pessimistisch ist. So lesen wir im „Schwäbischen Merkur“ vom 17. Juni einen Aufsatz von Rechtsanwalt Dr. Eisele, Mitglied des Württembergischen Landtags, vom scharfpointierten deutschen Standpunkte aus, aber auch vom guten Willen beseelt, der polnischen Wirklichkeit Verständnis und Wohlwollen entgegenzubringen. Abgeordneter Eisele sieht wohl die Schwierigkeiten, die in der Polenfrage zu überwinden sind, ein, schreibt einen grossen Teil der Schuld polnischen weitgehenden Idealen und den kulturell nicht vorbereitenden Massen zu; andererseits führt er aus: „Der Pole liebt den Russen nicht; das ist unbestritten, und wenn trotzdem da und dort von einer in vielen Kreisen der Polen angeblich vorhandenen Russophilie die Rede war, so war das im Grossen und Ganzen unrichtig. Was sich äusserlich vielleicht als Ausfluss dieser Russophilie darstellte, war in Wahrheit Russophobie, die Angst, dass möglicherweise die Russen wieder die Herrschaft über Polen bekommen und an den abtrünnig Gewordenen bittere Rache nehmen könnten. Immerhin schwindet diese Russophobie nach dem Gang der militärischen Ereignisse zusehends. Der Pole liebt aber auch den Deutschen nicht: dessen straffe

Organisation, seine Ansprüche an die Arbeitswilligkeit, an die Unterordnung des Einzelnen unter seine Gesetze und Verordnungen ist dem Polen etwas Fremdes und Unsympathisches.“

„Ein gewisses Hemmnis bildet zweifellos auch der Dualismus in der Verwaltung. Der eine Teil des besetzten Polens steht unter deutscher, der andere unter österreichischer Verwaltung. Es ist unvermeidlich, dass dadurch gewisse Hemmungen, Schwierigkeiten und Unstimmigkeiten entstehen. Dazu kommt die Belastung mit der seitherigen deutschen Ostmarkenpolitik, über deren innere Berechtigung ich mich in diesem Zusammenhange nicht äussern will; das Expropriationsgesetz ist noch in frischer Erinnerung in den massgebenden polnischen Kreisen. An dem guten Willen des Provisorischen Staatsrats ist nicht zu zweifeln.“ Der Verfasser bespricht die Armeefrage. „Das Verlangen nach einer eigenen, zum Schutz ihres Vaterlandes ausreichenden Armee ist allgemein und ernsthaft. Gleichwohl sind erst die Anfänge hierzu gemacht. Der Aufruf zum freiwilligen Eintritt in die Legion hatte nicht die gewünschte Wirkung. Wen die Schuld hieran trifft, ist eine offene Frage.“

Wir sind der Meinung, dass es gut wäre, wenn über diese Frage Beratungen von den massgebenden Kreisen mit den Polen gepflogen wären vor dem 5. November 1916 oder auch heute noch. Dass die Voraussetzungen vorhanden sind, bezeugt der Abgeordnete Eisele, der auf Grund seiner Wahrnehmungen unter anderem schreibt: „Erfreulich ist, dass die polnische Geistlichkeit, welche bis in die neueste Zeit der neuen Regierung gegenüber sich abwartend, neutral und teilweise unfreundlich verhalten hat, eine grundsätzliche Wandlung zu Gunsten der Mittelmächte vollzogen hat“. Die „Frankfurter Zeitung“ hat neulich die Notwendigkeit der Einberufung eines polnischen Landtages betont. So denken Personen und Pressorgane, die wirklich das Interesse beider Nationen im Auge behalten und be-

strebt sind, einen nach so langer Zeit gewiss nicht leichten Weg der Verständigung anzubahnen. Wenn aber die wegen ihrer Tendenz bekannten „Berliner Neuesten Nachrichten" sich von einem Gesinnungsgenossen eine Reihe von Briefen aus Polen schreiben lassen, in denen über alle und alles, was dem hakatistischen Kurs nicht entspricht, geschimpft wird, oder, wenn der Leitartikler der „National-Zeitung" seine antipolnischen Ausführungen auf einer polnischen Zeitungsstimme aufbaut, d i e s c h o n 20 J a h r e z u r ü c k l i e g t, ferner auf einem Bismarkschen Ausspruch, der für heute gar nicht mehr zutrifft, so sehen wir darin nicht den Willen, Wege für eine neue, bessere Zukunft zu suchen. Mit solchen Politikern, die nichts gelernt und nichts vergessen haben, lässt sich keine praktische Politik treiben, höchstens eine solche nur, die zur gegenwärtigen Weltkatastrophe geführt hat.

Dieser antipolnischen G. m. b. H. hat sich in der letzten Zeit auch der „Berliner Lokal-Anzeiger" zugesellt. In der Nummer vom 23. Juni stellt er das polnische Sündenregister zusammen. Was finden wir da nicht für schreckliche Verbrechen! Das alte Gespenst der polnischen Intrige wird heraufbeschworen. Die befreiten Polen oder die Bürger des, wie der „Lokal Anzeiger" sich schön ausdrückt, „neuen polnischen Staatswesens auf früher russischem (!) Grund und Boden" wollen an den Vorbereitungsarbeiten für die Ueberleitung des eroberten Königreichs aus der deutschen in die polnische Hand nicht mitarbeiten, dagegen lassen sie ihre Volksgenossen in Galizien auf dem Umwege über Wien und Berlin (?) für die Verwirklichung der polnischen Träumereien arbeiten . . . Dass die Mitglieder des Staatsrates in den bekannten Krakauer Beratungen mit Nachdruck betont haben, dass sie auf dem Boden des Aktes vom 5. November stehen, wird natürlich verschwiegen, dagegen wird geheimnisvoll gemunkelt: „Das Beispiel des Herrn Daszyński im österreichischen Abgeordnetenhause hat ja aller Welt die Augen

darüber geöffnet, wohin die Reise gehen soll." Was Abgeordneter Daszyński im österreichischen Abgeordnetenhause gesagt hat, ist weltbekannt. Nach dem Bericht der „Neuen Freien Presse" (vergl. „Poln. Blätter" Nr. 63, S. 291) sagte er, das Verlangen nach einem Zutritt zum Meere bedeute einen Zugang durch ein Stück der kanalisierten Weichsel zum Hafen von Danzig. Dieser Idee sind wir in der deutschen Presse öfters begegnet, und zwar auch in dem, dem „Lokal Anzeiger" bekannten „Tag", aus der Feder eines deutschen Herrn, Mitglied des preussischen Herrenhauses. Das hat aber der Leser inzwischen vergessen, dagegen werden durch unklare Andeutungen von einer nicht weiter zitierten Rede Daszyńskis die gewünschten Stimmungen und Verdächtigungen wachgerufen.

Ueberhaupt haben die letzten Vorgänge im österreichischen Abgeordnetenhause viel zur Missstimmung in Deutschland den Polen gegenüber beigetragen. Wir sind weit entfernt, uns hier mit den inneren österreichischen oder galizischen Zuständen zu befassen; nur das Nötigste sei hier gesagt. Um was handelt es sich in Wien? Die Polen haben im Reichsrat für die Aufnahme von nichtdeutschen Reden ins stenographische Protokoll gestimmt — sollten sie etwa in einem vielsprachigen Staate dagegen und somit auch gegen ihre eigene Sprache stimmen? — dafür aber haben die Polen einen Zusatzantrag durchgeführt, wonach im stenographischen Hauptprotokoll die fremde Rede in deutscher Sprache, dagegen der Urtext nur in der Beilage figurieren soll. Ferner hat der Polenklub eine Regierung gestürzt. Das ist eine traurige Sache, aber in parlamentarischen Ländern — und zu diesen gehört noch Oesterreich — kein Novum. Wieviel Regierungen haben schon die deutschen Parteien ins Grab getragen! Es wird eben in parlamentarischen Ländern zwischen Regierung und Staat unterschieden. Der damaligen Regierung, nicht aber dem Staate, hat der Polenklub das Budget verweigert; einer neuen Regierung wird er es gewiss be-

willigen, wie er es seit einem halben Jahrhundert immer tut. Und dass er somit den Staat getreulich stützt, dass er nie Obstruktion getrieben hat — was nicht von allen Parteien gesagt werden kann, — dass ohne ihn für die Politik des Bündnisses mit Deutschland keine Majorität vorhanden wäre — das alles wird vergessen. Es wird dagegen die Gefahr der slavischen Majorität in Oesterreich an die Wand gemalt. Wir sind darüber ruhig. Die Polen werden gewiss keine allslavische Politik treiben, aber auch keine von den „Alldeutschen Blättern" gewünschte, sondern eine polnische. Wem das nicht gefällt, der kann für die Ausscheidung der Polen in dieser oder jener Form aus dem österreichischen Reichsrat arbeiten, nicht aber von ihnen ein Harakiri verlangen.

In der Gesellschaft dieser antipolnischen Presse sehen wir seit einer gewissen Zeit auch die „Vossische Zeitung". In der Nummer vom 27. Juni kehrt Herr Dr. Rotheit anlässlich der Naumannschen Schrift zu diesem Thema zurück, um die Unmöglichkeit einer deutsch-polnischen Verständigung mit einem Eifer, der eines würdigeren Zieles wert wäre, zu verfechten. Eine Diskussion ist wirklich schwer, wenn die Ausgangspunkte der Parteien verschieden sind. Der Verfasser verlangt, die Polen mögen sagen: „wir gehören zu euch, zwar nicht unserem Volkstum nach, das wir uns unter allen Umständen erhalten und bewahren wollen, wohl aber kraft unserer mitteleuropäischen Gesinnung!" Wir behaupten dagegen: keine sich selbst achtende Nation wird so etwas sagen. Eine Nation gehört eben nur sich selbst. Sie kann aber als Staat organisiert, unter gegebenen Voraussetzungen Bundesgenossin einer anderen Nation sein. Indem wir dies erklären, vertreten wir nur den Standpunkt der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", die den Akt vom 5. November 1916 mit den Worten begrüsste: „So werden wir mit der Zeit im neuen polnischen Staate einen tüchtigen, befreundeten Nachbarn erhalten, Deutschland nach Osten zu sichern, und der Zukunft Europas einen wertvollen Bun-

desgenossen gewinnen." Als Nachbarstaat will Polen dem Bündnis der Zentralmächte angehören, und wenn die „Vossische" behauptet, dass dafür in Polen keine Stimmung vorhanden ist, so müssen wir dies als vollkommen unzutreffend bezeichnen. Bis zum heutigen Tage ist der Staatsrat, der doch aus Delegierten der polnischen Parteien besteht, die Vertretung der Polen und dessen Gesinnung ist über allen Zweifel erhaben. Auch die Bemerkung des Artikelschreibers, dass in den „Polnischen Blättern" die Verständigungsidee von Polen nicht vertreten wird, ist vollkommen unrichtig; es haben sich dafür viele Polen eingesetzt; auch Mitglieder des Staatsrates, auch in der heutigen Nummer. Ganze Stösse polnischer Publizistik sprechen dafür! Wenn der Verfasser sie nicht kennt, so wollen wir ihm gern mit Belegen und Exemplaren dienen, und wenn Warschauer Gesinnungsgenossen in unseren Blättern nicht so oft das Wort ergreifen, so geschieht das aus einem sehr prosaischen Grunde, wir haben nämlich bis jetzt keine gute Postverbindung mit der Hauptstadt Polens.

Selbstverständlich konnte in dieser Gesellschaft unserer Gegner Herr Professor Hoetzsch von der Kreuzzeitung nicht fehlen. Was ihn diesmal am meisten ärgert, das ist die in Polen lebendige Idee, dass die Polenfrage eine internationale Frage ist. Wir haben uns darüber schon mehrmals ausgesprochen („Poln. Blätter", Heft 63, S. 282). Wir möchten warnen vor Unterschätzung dieser Angelegenheit. Es sind zuviel Faktoren vorhanden, die danach streben, die polnische Frage als eine internationale ersten Ranges behandelt zu sehen; bei den etwaigen Friedensverhandlungen wird es an Anstrengungen in dieser Beziehung nicht fehlen, auch seitens derjenigen Polen, die im Auslande leben und dem gegnerischen Lager nahe stehen. Wäre es also nicht vernünftiger, die Vertretung der polnischen Angelegenheit dem Warschauer polnischen Staatsorgan der Welt gegenüber anzuvertrauen, schon aus dem Grunde allein, weil er in Warschau und nich

im Auslande lebt? Die einfachste politische Einsicht spricht doch dafür. Die Ausführungen Professors Hoetzsch sind dahin zugespitzt, um nochmals der Welt zu beweisen, dass Unsinn Vernunft ist und die einzige Lösung des gegenwärtigen östlichen Kneuls — die Abtretung Polens an Russland wäre. Das behauptet auch in ihrer Artikelreihe die „National-Zeitung". Man verstehe diese Logik: der polnische Staat bietet dem deutschen keine entsprechende Sicherung; im Kriegsfalle würde er sich dem Feinde anschliessen. Glauben etwa die Herren, wenn Polen an Russland abgetreten wird, wo es gewiss einen hohen Grad von Selbständigkeit erlangen und in der Staatspolitik eine grosse Rolle spielen wird, dass dies etwa die gewünschte Sicherung der deutschen Grenzen darstellen würde? Wir sind nicht berufen, Wächter des preussischen Staates zu sein, aber jene Politiker erfüllen ihre Aufgabe in ganz sonderbarer Weise

Hart stossen die Meinungen gegeneinander. Wir möchten gewiss statt Polemik, produktive Arbeit leisten, aber die Klärung der Meinungen ist eine Notwendigkeit in diesem historischen Prozess, den wir durchleben. Unsere Polemik ist übrigens nie negativer Natur; sie lässt immer, wie überhaupt unsere Aufsätze, programmatische, schöpferische Ideen durchblicken. — Was ist zu tun? Wie wären die gegenseitigen Verhältnisse zu gestalten, um die Zukunft zu retten? Aus den Tagesmeldungen aus Polen kommen fortwährend Anregungen, Vorschläge. Es wäre die höchste Zeit, wenn derjenige Teil der deutschen Presse, der der hakatistischen Psychose nicht verfallen ist, sich nicht mehr der bisherigen Taktik befleissige, vielmehr auch mit positiven Ideen hervortrete. Sonst bleibt der Eindruck, dass die Polenfrage von den Hakatisten — monopolisiert wurde, die die einzige zielbewusste, wohlorganisierte, unermüdliche Politik treiben.

Die Konsolidation der Parteien in Warschau.

Warschau, 18. Juni 1917.

In meiner letzten Korrespondenz („Poln. Bl.“, Nr. 62) habe ich hervorgehoben, dass unsere Parteizersplitterung nicht so arg ist, weil in wichtigen Momenten verschiedene Gruppen sich zu einigen grossen Parteiblocks zu verbinden pflegen und somit genau umschriebene, bekannte Werte darstellen. Die Rechte ist bereits in einem zwischenparteilichen Klub organisiert, in dem die Nationaldemokraten vorherrschen und neben ihnen die Realisten und ein Teil der Fortschrittlichen eine Rolle spielen. Jetzt hat sich auch das Zentrum und die Linke zusammengeschlossen. Dem Zentrum sind Parteien beigetreten, die aus dem Nationalrat ausgetreten waren und zwar: die Liga der Polnischen Staatlichkeit, die Polnische Demokratische Vereinigung und die Volksvereinigung; diese Parteien haben am 18. Juni in Warschau einen Kongress abgehalten.

Der Organisationskongress versammelte etwa 200 Bürger, Vertreter des Landbesitzes, der Geistlichkeit, der gebildeten Stände und der Bauernschaft aus dem ganzen Lande. Die Beratungen wurden eröffnet durch den Dekan und früheren Duma-Abgeordneten Prof. Parczewski, der hervorhob, dass die polnische Frage auf dem Schauplatz der Weltgeschichte niemals so aktuell war, wie zur gegenwärtigen Zeit; aber die Situation ändert sich fortgesetzt und was gestern ein Dogma war, kann heute schon schwanken und sich sogar gänzlich verändern. Nur ein Dogma ist beständig, die Idee der Wiedererrichtung der polnischen Staatlichkeit Zur Verwirklichung dieser Idee ist die Anstrengung, die Opferwilligkeit und die Einigkeit des ganzen Volkes notwendig. Das Präsidium übernahm sodann Alexander Fürst Drucki-Lubecki. Als erster Redner referierte Dr. Felix Młynarski über die internationale Lage, beleuchtete die militärische Lage und die wirtschaftliche Verfassung der kriegführenden Parteien und gelangte schliesslich zur Ansicht, dass unsere antirussische Front durch die russische Revolution an Aktualität nichts verloren hat. Als zweiter Redner sprach Prof. Maryan Grotowski, charakterisierte unsere innere politische Lage, wobei er besonders die schädlichen Wirkungen der Zersplitterung im aktivistischen Lager beleuchtete. Dieser Erscheinung stellt der Redner die konkrete Arbeit bei der Verwirklichung der polnischen Staatlichkeit gegenüber und fordert, dass dieser Arbeit trotz aller Schwierigkeiten das Nationale Zentrum sich unterziehen muss.

Der nächste Redner, der Bauer Jan Sadlak, rief zur gemeinsamen Arbeit des Volkes mit den übrigen Schichten der Nation auf; er verglich das Volk mit losen Blöcken, die erst, durch die Intelligenz zementiert, ein dauerhaftes Bauwerk abgeben werden.

Prof. Garlicki besprach sodann das Organisationsstatut des

Nationalen Zentrums. Es soll dies keine neue Partei sein, auch kein Parteiblock, sondern eine Vereinigung schöpferischer Kräfte, die zur Verwirklichung des polnischen Staates streben. Das Programm des Zentrums lässt sich in den zwei Punkten zusammenfassen: 1) eine konstitutionelle Monarchie auf breiter demokratischer Grundlage, 2) eine starke Regierung und eine tüchtige Armee, als Garantien wirklicher Unabhängigkeit.

Während der Nachmittagsverhandlungen wurde der Provisorische Ausschuss des Nationalen Zentrums gewählt; er besteht jetzt im ganzen aus 50 Personen, nämlich aus 10 Vertretern der Liga der polnischen Staatlichkeit, 10 Vertretern der Polnischen Demokratischen Vereinigung, welche übrigens als Partei in ihrer ganzen Zusammensetzung dem nationalen Zentrum angehören wird, und aus 30 weiteren Personen, die auf der Konferenz gewählt worden sind.

Am Schluss der Beratungen verlas Adam Graf Ronikier eine Resolution, die dann einstimmig zur Annahme gelangte. Dieselbe lautete:

„Im Sinne der durch das Nationale Zentrum am 29. Mai 1917 angenommenen Losungen beschliesst die Versammlung Folgendes:

Die durch die Okkupationsmächte als Antwort auf die Forderungen des Staatsrates gegebene Erklärung entsprach in vieler Hinsicht nicht den berechtigten Erwartungen unseres Volkes; — trotzdem dürfen wir unsere Arbeit nicht einstellen und müssen alle Kräfte anstrengen und alle positiven Möglichkeiten beim Bau des polnischen Staatswesens ausnützen.

Zu diesem Zwecke wollen wir uns an den Staatsrat wenden und verlangen:

1) Es möge in möglichst kurzer Zeit ein polnisches Ministerkabinett gebildet werden, das sich die Verwirklichung einer starken polnischen Regierung zum Ziel setzt.

2) Dass diese polnische Regierung, wenn sie die bisherigen Errungenschaften auf dem Gebiete der polnischen Staatlichkeit übernimmt, möglichst bald ihren Machtbereich erweitert und dass sie besonders die Sache der Bildung einer starken regulären polnischen Armee durch Einführung der allgemeinen Dienstpflicht mit ihrer prinzipiellen Sorge umgibt.

3) Dass die Regierung in ihre ausschliesslichen Hände die Sache der Versorgung des Landes mit Lebensmitteln nimmt.

Die Versammlung begrüsst mit grosser Anerkennung die Erklärung des Vorsitzenden des Polnischen Klubs im österreichischen Parlament, in welcher den falschen Interpretationen des bekannten Krakauer Beschlusses vom 29. Mai, die das allgemeine nationale Ideal zum Ausdruck brachten, und die nach diesen Interpretationen sich gegen den schöpferischen Aufbau des polnischen Staatswesens richten sollten, entgegentreten wird.

Fast gleichzeitig mit der Organisation des Nationalen Zentrums*) gelangte auch der Block der linken Parteien zur Bildung.

Die Parteien: Vereinigung der Demokratischen Parteien, Polnische Volkspartei, die Partei der nationalen Unabhängigkeit, die Polnische Sozialistische Partei, haben nach Feststellung einer gemeinsamen Linie in der Verteidigung der demokratischen Losungen und einer unabhängigen nationalen Politik, ein Bündnis geschlossen zwecks gemeinsamen Vorgehens in dieser Richtung. Eine aus Delegierten der einzelnen Parteien bestehende Kommission wird den ständigen Kontakt aufrecht erhalten.

Die obige Gruppierung, die zum Teil die Volks- und Arbeiterkreise, zum Teil die demokratisch gesinnten gebildeten Schichten repräsentiert, hat nun innerhalb ihres Rahmens, um eine Verständigung von Fall zu Fall zu erleichtern, eine sogenannte „Verständigungkommissions" ausgesondert. Trotzdem das noch nicht ein geschlossener Organisationsblock ist, auch nicht eine Fusion der oben erwähnten Parteien, so hat immerhin die Tatsache der Feststellung einer gemeinsamen Plattform, die alle radikalen Lager einigt, grosse Bedeutung.

Ein neuer Faktor bei dieser Verständigung ist das Lager der Vereinigten Demokratischen Parteien; die drei übrigen Parteigruppen haben bereits gemeinsam gearbeitet im Zentralen Nationalen Komitee, kennen einander, sind in prinzipiellen Fragen durch keine besonderen Schranken geschieden und wirken in entsprechender Weise auf verschiedene Volksgruppen ein.

Die eigentliche Plattform der „Verständigungskommission" ist, abgesehen von einer Stellungnahme in dieser oder jener Richtung zu äusseren Faktoren, in erster Linie die Frage des Polnischen Landtages und der mit ihm verbundenen Angelegenheiten. Die Kom-

---

*) Die Nationale Partei, die auch diesem Konzern nahe steht, hat als ihr ausführliches Programm eine Entschliessung gefasst, welche fordert 1. Ein unabhängiges polnisches Reich mit monarchischer Verfassung, starker Regierung und Zweikammersystem auf breiter demokratischer Grundlage, 2. energischen Ausbau des polnischen Staates schon während des Krieges, insbesondere Schaffung einer starken Armee mit den Kaders der Legionen, was eine der Hauptgrundlagen des staatlichen Aufbaues sei, 3. Erlangung der Rolle einer selbständigen Partei für Polen angesichts der beiden kämpfenden Parteien und Streben nach den Vorbedingungen für eine Vertretung Polens bei den Friedensverhandlungen, 4. Anerkennung des Grundsatzes, dass eine polnische Regierung und ein polnisches Heer nur im Lande geschaffen werden können, und energischsten Widerstand gegen alle Versuche zur Schaffung einer Regierung und eines Heeres ausserhalb des Landes, 5. als Ausweg aus der gegenwärtigen Lage sofortige Schaffung eines Regentschaftsrates von drei Personen, welche bis zur Berufung eines Hauptes für den polnischen Staat das oberste Organ der polnischen Staatlichkeit darstellen und den Staat nach aussen vertreten soll. Ein neuer Staatsrat soll als gesetzgebendes Organ bis zur Berufung des Landtages wirken.

mission wird demnach die schnellste Einberufung einer gesetzgebenden Volksvertretung verlangen, auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen und proportionalen Wahlrechts, denn sie ist der Ansicht, dass nur der Landtag in konkreter Form über die staatliche Zukunft Polens bestimmen kann, dessen Grenzen natürlich noch genau bestimmt werden müssen. Eine derartige Programmaufstellung schliesst die Mitwirkung der Kommission bei der bisherigen staatenbildenden Arbeit nicht aus. Im Gegenteil, die einzelnen Gruppen werden in ständigem Kontakt mit einander stehen und wenn sie an die Arbeit treten, die grossen Massen im Rücken, so werden sie desto erfolgreicher die Interessen der letzteren vertreten und überall das polnische Interesse auf den ersten Plan stellen können.

Die politischen Fähigkeiten der neuen Gruppierung wird man erst auf Grund einer praktischen Wirksamkeit beurteilen können.

Im allgemeinen muss wohl gesagt werden, dass die polnische Gesellschaft im Königreich gegenwärtig ernste Proben von Konsolidierungsbestrebungen durchzumachen hat. In dieser gleichen Richtung ist sowohl bei den rechten Parteien, bei dem Zentrum wie auch bei den linken Parteien eine Tätigkeit festzustellen. P. W.

NOTIZEN.

Politisches.

Die Warschauer Hochschulen. Die „Deutsche Warschauer Zeitung“ vom 28. Juni meldet: Generalgouverneur v. Beseler hat heute bestimmt, dass der Betrieb der beiden Hochschulen in Warschau bis auf weiteres eingestellt wird. Massgebend für diesen Beschluss war der seit einigen Wochen bemerkbare Widerstand der studierenden Jugend gegen die Anordnungen der Universitätsverwaltung, insbesondere die Weigerung, die fällig gewordenen Kollegiengelder zu zahlen.

Nachklänge der polnischen Konferenz in Stockholm. Enige deutsche Zeitungen haben die Meldung gebracht, dass während der Polenkonferenz in Stockholm Herr Lednicki den dort anwesenden Mitgliedern des Staatsrates den Betrag von 100000 Rubel zugesandt hat, als politischen Fond für die Vertretung der polnischen Interessen auf dem Friedenskongress. Der „Türmer“ hat aus diesem Anlass ein Zettermordio gegen die Polen erhoben und möchte sie sofort auf die Anklagebank setzen. Wir haben in unserem Berichte von der Stockholmer Konferenz (Heft 61) über diesen Fonds nicht geschrieben, weil unser Gewährsmann darüber keine Erwähnung getan hat.

In der uns heute zugekommenen Nummer des Petersburger

„Dziennik Petrogradzki“ vom 9. Juni lesen wir, dass Herr Lednicki an den Petersburger „Dziennik Polski“, der obige Meldung nach den deutschen Blättern wiederholt hat, eine Berichtigung zusandte, wonach er seinen Landsleuten in Stockholm weder eine Goldsumme für den obigen Zweck zur Verfügung noch überhaupt in Aussicht gestellt hat.

Hoffentlich wird der „Türmer“ jetzt seinen Grimmigen Aufsatz widerrufen.

Fürst Franz Joseph Ysenburg-Birstein, gegenwärtig Chef einer Verwaltung in Litauen, wurde, nach einem Privattelegramm aus Kassel, von der Universität Freiburg im Breisgau zum Doktor honoris causa ernannt in Anerkennung seiner Verdienste um die Förderuug der deutschen Kultur in den verwalteten Gebieten.

Verwaltung.

Das Justizwesen im Generalgouvernement Warschau. Hierüber sprach in der April-Sitzung der juristischen Gesellschaft zu Berlin Obergerichtspräsident Ramdohr zu Warschau. Er gab einen Ueberblick über die Organisation und Verwaltung der deutschen Gerichte für Polen und über die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, ehe alles funktionierte. Die deutschen Beamten arbeiteten mit gewohntem Fleiss, aber es fehlte an geeignetem arbeitsfähigen Hilfs- und Unterpersonal. Die Gefängnisse waren vernachlässigt und voll Ungezifer. Es musste gründlich gesäubert und die polnische Bevölkerung zur Arbeit mühsam herangezogen werden. Gegenwärtig ist ein befriedigender Zustand erreicht, dessen Fortdauer gewährleistet ist, so lange deutsche Beamte das Land verwalten.

(„Das Recht“). Justizrat Dr. Korn.

Der neue Direktor des Finanzdepartements. Nachdem Herr v. Dzierzbicki von seinen Posten als Leiter des Finanzdepartements des Staatsrats zurückgetreten ist, übernahm die Leitung dieser Abteilung Herr Staatsrat Kazimierz Natanson.

Für den Wiederaufbau von Kalisz wurde in das heurige Budget des Generalgouvernements Warschau der Betrag von 2 Millionen Mark aufgenommen.

Kultur.

Die polnische Sprache in dem deutschen Realgymnasium in Łódź. Die „Deutsche Post“ berichtet, dass mit Eröffnung des Schuljahres 1917/18 in dem deutschen Realgymnasium das Polnische als obligatorischer Gegenstand eingeführt wird. Die polnischen Vorträge sollen in der Quinta beginnen; die Stundenzahl des Polnischen steigert sich allmählig bis zur Oberprima. Das Russische wird fakulativ, von der unteren Tertia angefangen.

Umtausch von Denkmälern. Eine in der Schweiz weilende Persönlichkeit, die vor einigen Wochen aus Südrussland gekommen war, teilt mit, dass die Besitzer von Homel, die Erben des Fürsten Paskiewicz, beschlossen haben, zu einer geeigneten Zeit das Warschauer Denkmal von Paskiewicz, ihres Urgrossvaters, gegen das in Homel befindliche Denkmal des Fürsten Josef Poniatowski, das ein Werk von Thorwaldsen ist, umzutauschen. Es ist dies eine persönliche Initiative des Direktors der Papierfabrik Homel, Ingenieur Stulgiński, Besitzer des Rittergutes Dębe im Kreise Mińsk Mazowiecki, der seine Vermittlung in dieser Angelegenheit angeboten hat.

Die Stiftung Löwenfeld zugunsten polnischer Legionäre. Herr Henryk Löwenfeld, Gutsbesitzer im Bezirk Chrzanów, gründete eine Löwenfeld-Stiftung für invalide Legionäre, zu welchem Zweck er jährlich 100000 Kronen aussetzte. Die Invaliden, die von der Front verwundet oder mit zerrütteter Gesundheit heimkehren, sollen hier Fachbildung erhalten, in erster Linie für Handel, Industrie und Landwirtschaft; ausserdem wird ihnen Gründungskapital zur Eröffnung eigener industrieller Unternehmungen bewilligt. Nach den Statuten der obgenannten Stiftung soll die Administration baldmöglichst die ganze Summe einschliesslich der Prozente zu diesem Zwecke verausgaben; nach Erfüllung dieses Zieles geht das Stiftungskapital in die Hände einer Institution über, welcher der Schutz über polnische arbeitsunfähige Legionäre obliegen soll. Der Höchstbetrag zugunsten eines Invaliden wurde von dem Stifter auf 4000 Kronen festgesetzt.

Wirtschaftliches.

900000 Einwohner in Warschau. Nach der Zählung, behufs Festsetzung des Mehlkontigentes für Warschau durchgeführt, beträgt die Bevölkerung der Hauptstadt Polens 900000 Seelen.

5000 Kinder in das österreichische Okkupationsgebiet. Das Gesuch des Hauptfürsorgerates an das Generalgouvernement in Lublin, 5000 Kinder in das österreichische Okkupationsgebiet reisen zu lassen, wurde von den Okkupationsverwaltungen genehmigt.

Aufnahme polnischer Kinder in Holland. Durch das Deutsche Auswärtige Amt wurde die Zivilverwaltung des Warschauer Generalgouvernements verständigt, dass Holland sich bereit erklärt hat, 3000 oder 6000 Kinder aus Polen aufzunehmen. Exz. Kries fügte hinzu, dass die preussische Eisenbahn unentgeltlich die Ueberfahrt der Kinder übernimmt.

Auswanderung aus Łódź. Das „Łodzer Volksblatt“ meldet: Auf Grund der Zählung der Brotkarten kann festgestellt werden, dass in den letzten zwei Wochen die Stadtbevölkerung sich um 40000, seit den Osterfeiertagen um 80000 Einwohner verringert hat. Grössten-

teils sind die Leute in die benachbarten Dörfer und Städtchen ausgewandert.

Büchereinlauf.

Emil Wunderlich: Vierter Tätigkeitsbericht der „Landeskundlichen Kommission beim General-Gouvernement Warschau“ für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1917. Sonderabdruck aus der Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin. — Konstanty Srokowski: Na przełomie. Krakau, Zentralverlag des Obersten Polnischen Nationalkomitees. — Josef Mokrzyński: Polens ekonomiska Krafter. Med förord av Karl Petander, Docent vid Högskolan i Stockholm. Förlag av Upplysningsbyra „Polonia“ Stockholm. — J. Grabiec: Dzieje porozbiorowe narodu polskiego. Warschau, Towarzystwo wydawnicze. — Otto Hoetzsch: Russland. II. vollständig umgearbeitete Auflage. Berlin, Verlag von Georg Reimer. — Wł. Orkan: Drogą czwartaków. Od Ostrowca na Litwę 1915. Krakau. Zentralverlag des Obersten Polnischen Nationalkomitees. — Hans Glockener, kgl. niederl. Oberleutnant a. D.: Warum und wie muss Deutschland annektieren. Berlin, Verlag Karl Curtius. — Nowe pokolenie. Wizerunki duchowe żołnierzy wojska polskiego, poległych w boju za ojczyznę 1914—1916 T. I. Krakau, Verlag des Obersten Polnischen Nationalkomitees. — Prof. Dr. Eugen v. Romer: Ueber die kriegspolitische Karte Polens. Aus Anlass der Unzufriedenheit, welche sie in den „ukrainischen Sphären“ hervorgerufen hat. — Ders.: Albrecht Penck über den „Atlas von Polen“. Wien, Separatabdruck aus der Zeitschrift „Polen“. — Jan Szarota: Współczesna poezya francuska 1880—1914. Lemberg, Gubrynowowicz & Schmidt. — Die Blutschuld der Entente. Berlin, Karl Curtius. — Jan Starzewski: Wiersze wojenne. Krakau, Zentralverlag des Obersten Polnischen Nationalkomitees. — L'aigle blanc. Revue des questions polonaises. Lausanne. Edition de la Pologne et la Guerre. 18, Av. de la Harpe. — Prof. Dr. Eduard Meyer: Der amerikanische Kongress und der Weltkrieg. Berlin, Verlag Karl Curtius. — Werner v. Heidenstam: Epopeja rycerska (Carolinerna). Przekład St. Miłaszewskiego. Warschau, Gebethner & Wolff. — La Russie et les peuples allogenes. Par Inorodetz. Berne, Ferd. Wyss, editeur. — Stef. Żeromski: Zamieć. Ders.: Walka z szatanem. Warschau, Towarzystwo wydawnicze. — Dr. Tad. St. Grabowski: Ankieta bułgarska w sprawie polskiej. Piotrków, Verlag „Wiadomości Polskie“. — Jan Lorentowicz: Polska pieśń niepodległa. Zarys literacki. Warschau, Towarzystwo wydawnicze.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: L. Maliszewski. Wilmersdorf.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2. Grolmanstr 42.

